



© sveta/fotolia.com

## Der Angriff des Populismus auf die Geschichte

Weshalb ein kritisches Geschichtsbewusstsein für die Demokratie unerlässlich ist

*Martin Schulze Wessel*

### Zum Mitnehmen

- In vielen Ländern weltweit gefährden populistische Bewegungen liberale Demokratien. Populisten versuchen, Geschichte einseitig zu deuten und zu ihren Gunsten zu interpretieren. Sie vertreten ein reduziertes und geschöntes Geschichtsverständnis, das Ambivalenzen und Brüche nicht zulässt. Vereinfachte, ideologisch geprägte Geschichtsbilder werden als Waffe gegen die Demokratie in Stellung gebracht.
- Vor diesem Hintergrund gewinnt die Geschichtswissenschaft – als kritische Instanz – an Bedeutung. Sie setzt die Wirklichkeit in ihrer ganzen Komplexität dem eindimensionalen Gesellschaftsverständnis autoritärer Bewegungen entgegen.
- Geschichtliches Wissen bietet Orientierung und emanzipatorisches Potential. Ein kritisches Geschichtsbewusstsein ist ein probates Mittel gegen Populismus. Es ist für die staatliche Identität in einer liberalen Demokratie unverzichtbar.

### Weltweite Herausforderung für Demokratien

Weltweit sehen sich Demokratien durch Populismus, autoritäre Geschichtsentwürfe und den Gebrauch von „alternativen Fakten“ herausgefordert. Bei allen Unterschieden zwischen den Verhältnissen in den USA, in Polen, Ungarn, der Türkei oder auch Indien sind bestimmte Ähnlichkeiten in den Machttechniken der dortigen populistischen Regierungen nicht zu übersehen: Der Anspruch, das „wahre Volk“ zu repräsentieren, grenzt alle aus, die aus der Sicht der Populisten anders sind: Fremde, Minderheiten und Andersdenkende. Der populistische Herrschaftsanspruch wendet sich außerdem gegen alle intermediären Institutionen – gegen die Verfassungsgerichte, die den Spielraum der Regierungen einschränken, gegen die Medien, die bezichtigt werden, die Wahrheit zu verschleiern und fake news zu produzieren, und gegen die unabhängige Wissenschaft. Populistische Bewegungen, die in Österreich oder in Frankreich an die Macht streben, verfahren entsprechend. In vielen Fällen wird auf vordemokratische, autoritäre Geschichtsentwürfe zurückgegriffen. Unter den europäischen Populisten gewinnen das antidemokratische Denken der Weimarer Republik und des italienischen Faschismus und auch biologistische Konzeptionen des Staatsvolks an Attraktivität.

### Paradoxe Umgang mit Wirklichkeit

Die Herausforderung des Populismus betrifft im Bereich der Wissenschaft vielleicht kein Fach so sehr wie die Geschichte. Populismus zeichnet sich durch einen paradoxen Umgang mit Wirklichkeit aus: Die liberalen Medien der Produktion von fake news zu bezichtigen und sich zugleich auf „alternative Fakten“ zu beziehen, ist eine Machttechnik, die das methodische Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft herausfordert. Anders als die Literatur- und Kunstwissenschaften, die vorwiegend fiktionale Texte und Artefakte erforschen, geht die Geschichtswissenschaft im Kern der Frage nach, „wie es eigentlich gewesen“ ist (Leopold von Ranke). Die Entstehung des Faches Geschichtswissenschaft im 18./19. Jahrhundert war eng mit dem heute wieder aktuellen gesellschaftlichen Anspruch verbunden, Legendenbildungen auf eine systematische, regelbasierte Weise entgegenzuwirken. Das Hörensagen sollte soweit wie möglich durch geprüfte Kenntnisse ersetzt werden. Die historisch-kritische Methode, die sich im Bewusstsein der Standortgebundenheit der Forschung einer vergangenen Realität analytisch anzunähern versucht, hat in den Geisteswissenschaften nicht ihre Bedeutung verloren. Wer sich intensiv mit der Methodik der Geschichtswissenschaft beschäftigt hat, weiß jedoch, wie schwierig die wahrheitsgemäße Rekonstruktion von Wirklichkeit ist. „Die Beobachtung der Gegenwart lehrt uns“, so Johann Gustav von Droysen in seinem 1868 veröffentlichten *Grundriss der Historik*, „wie jede Thatsache von andern Gesichtspunkten aus anders aufgefasst, erzählt, in Zusammenhang gestellt wird, wie jede Handlung – im privaten Leben nicht minder wie im öffentlichen – die verschiedenartigsten Deutungen erfährt.“ Ob Quellenkritik zur „reinen Thatsache“ führe, erschien Droysen deshalb durchaus zweifelhaft, ja er warf sogar die Frage auf, ob nicht am Ende die Recht behalten, „welche die Geschichte überhaupt als eine *fable convenue* bezeichnen.“ In der Geschichtswissenschaft selbst sind seit dem Erscheinen von Hayden Whites *Metahistory* die Stimmen stärker geworden, die die eigentliche Essenz von Geschichte in nicht zu hintergehenden Narrativen erkennen. Gleichwohl gehören der Ethos, Wirklichkeit genau zu rekonstruieren, und das Wissen um die immer nur annäherungsweise Möglichkeit dies zu tun, zum Kern des Selbstverständnisses der Geschichtswissenschaft. Damit vermittelt Geschichtswissenschaft eine Disposition, die für die Demokratie gerade in Zeiten des Populismus wichtig ist.

### Geschichtswissenschaft als kritische Instanz

Nicht nur im Hinblick auf ihre Methode, sondern auch als kritische Instanz gewinnt Geschichtswissenschaft durch die Herausforderung des neuen Populismus an Bedeutung. Vergangene geglaubte Semantiken tauchten wieder auf, als z. B. die AfD-Vorsitzende Frauke Petry im September 2016 den Begriff „völkisch“ als ver-

meintlich unschuldiges Adjektiv wieder salonfähig zu machen versuchte. Es ist ein Kampf um historische Bedeutungen entbrannt, wie ihn die Bundesrepublik in dieser Vehemenz lange nicht gekannt hat. Historische Symbole werden umgewertet und im politischen Meinungskampf eingesetzt, so wie zum Beispiel das schwarz-rot-goldenen Philippuskreuz, entworfen von einem katholischen Widerstandskämpfer aus dem Umkreis Claus Graf Schenk von Stauffenbergs, jetzt von der Pegida-Bewegung genutzt wird. Geschichtswissenschaft muss auf solche geschichtspolitischen Umdeutungsversuche von politischer Semantik und Symbolik aufmerksam machen.

Orientierungsfunktion  
und emanzipatori-  
sches Potential

Diese wichtige Funktion, Verschiebungen in der politischen Kultur anzuzeigen, erfüllt die Geschichtswissenschaft aus ihrem ureigenen Selbstverständnis heraus. Komplizierter verhält es sich mit der in Gesellschaft und Politik zuweilen formulierten Erwartung, dass Geschichtswissenschaft konkrete Lehren für die Gegenwart bereithalten, also in einem unmittelbaren und verbindlichen Sinne gesellschaftlich nützlich werden soll. Dem Sinn von Bildung widerspricht es, sie in den Dienst zu nehmen. Soll sie eine bestimmte, fest umrissene Aufgabe für die Gesellschaft erfüllen, verfehlt sie ihren eigentlichen Zweck, nämlich den Menschen zum eigenständigen, verantwortungsvollen Denken und Handeln zu bilden. Die Orientierungsfunktion, die der Geschichtswissenschaft oft zugeschrieben wird, steht deshalb in einem Spannungsverhältnis zum emanzipativen Potential der Geisteswissenschaften. Geschichte ist auf Basis der kritischen Befragung historischer Quellen immer wieder neu zu deuten, nur in der Vielzahl von auch widersprüchlichen Einsichten, die sich aus ihr gewinnen lassen, vermag sie in einer sehr indirekten Weise Orientierung zu geben.

Skepsis gegenüber  
simplen gesellschaftli-  
chen Totalentwürfen

Bemerkenswert ist dabei auch, dass das Studium der Geschichte durchaus verschiedene Haltungen bzgl. eines künftigen Wandels fördert: Auf der einen Seite begünstigt sie eine Skepsis gegenüber den modernen Planbarkeitsvorstellungen, was man als eine konservative Grundeinstellung bezeichnen kann. Das Studium von großen Reformprojekten oder umfassenden Modernisierungsstrategien vermittelt auch ein anschauliches Wissen darüber, dass große Vorhaben immer auch mit nicht-intendierten Folgen verbunden sind. So lehrt die Beschäftigung mit Geschichte Skepsis gegenüber verlockend einfachen Totalentwürfen für die Gesellschaft und führt zur Einsicht in die Ambivalenzen politischer Entscheidungen, deren langfristigen Wirkungen in der Gegenwart nicht abzusehen sind. Wie begrenzt die Spielräume politischen Handelns manchmal sind, ist kaum aus der Beschäftigung mit der Tagespolitik zu erkennen, deren Hintergründe für den Beobachter teilweise verborgen bleiben. Erst nach der Öffnung der Archive werden rückblickend die Umstände politischer Entscheidungen umfassend sichtbar. Auf der anderen Seite eröffnet die Geschichte aber auch die Möglichkeit, sich der Handlungsspielräume bewusst zu werden, eine andere und bessere Welt zu denken und anzustreben. Sie stärkt also auch eine Grunddisposition, die in den linken Traditionen des politischen Denkens beheimatet ist. Das Eintauchen in die fremde Welt zurückliegender Epochen eröffnet die Möglichkeit, sich von den Selbstverständlichkeiten der Gegenwart zu emanzipieren, sich eine andere Zukunft vorzustellen.

Demokratiestärkende  
Aufgabe

Ob konservativ oder emanzipativ, in jedem Falle unterscheidet sich demokratisches Geschichtsdenken vom Geschichtsgebrauch der Diktaturen. Nicht von ungefähr fordern Diktaturen selektive Vergangenheitsdeutungen ein und legitimieren damit eine doktrinär festgelegte Gegenwart und Zukunft. Demokratie lebt auch von der Distanzierung vom Sachzwang, so sehr sich die Exekutive auch in Demokratien auf diesen berufen mag. Geschichte hat insofern eine demokratische Aufgabe, ihr Studium schult das Denken in Alternativen. Nur die Beschäftigung mit Geschichte vermittelt ein Bewusstsein für die Kontingenz des Geschehens: Chancen können ergriffen,

### Gegen ein eindimensi- onales Demokratie- verständnis

aber auch verpasst werden. Die konkrete Einsicht in das Gelingen oder Scheitern von großen Projekten wie zum Beispiel der Europäischen Union vermittelt die Erkenntnis, dass Prozesse in Geschichte und Politik nicht naturwüchsig und unumkehrbar sind, sondern von dem verantwortlichen Handeln der Akteure abhängen. Das Denken in langen Zeitperioden, in den Ketten von Ursachen und Wirkungen, ermöglicht Grundentscheidungen in unserer Gegenwart zu begreifen.

Die besondere Aktualität, die Geschichtswissenschaft heute im Zeichen der Herausforderung durch populistische Bewegungen erlangt hat, hängt mit ihrer Fähigkeit zusammen, Wirklichkeit in ihrer ganzen Komplexität zu vermitteln. Peter Graf Kielmansegg hat es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. Februar 2017 (Populismus ohne Grenzen) so formuliert: Der Populismus stehe für „das Aufbegehren eines eindimensionalen Demokratieverständnisses gegen eine komplexe demokratische Wirklichkeit“. Die Komplexität der repräsentativen Demokratie im Verfassungsstaat besteht darin, dass Differenz institutionalisiert wird. Der Idee der Volksherrschaft steht das Postulat ihrer Verrechtlichung gegenüber, an der Stelle des einen, mit sich selbst einigen Volkes steht die Anerkennung der Vielheit der Gruppen. Zum Grundverständnis der liberalen Demokratie gehört es, dass nicht jeder Mehrheitsentscheid legitim ist, sondern nur demokratische Entscheidungen, die mit der Achtung von Menschenrechten vereinbar sind.

Der liberale Verfassungsstaat hat also bestimmte Vorentscheidungen schon getroffen, die dem demokratischen Mehrheitsentscheid entzogen sind. Genau dagegen richtet sich das Konzept der nicht-liberalen Demokratie, das der ungarische Regierungschef Viktor Orbán mit aller Klarheit als Prinzip für seine Partei „Fidesz“ reklamiert und das für viele populistische Bewegungen ein Leitkonzept ist. Volkssouveränität als unbedingte politische Willensfreiheit zu deuten, die sich gegen pluralistische Strukturen und sogar gezielt gegen Minderheiten richten kann, ist eine populistische Argumentationsfigur, deren Wirksamkeit man nicht unterschätzen sollte, gerade weil sie mit dem oft ethnonationalistisch gedachten „Willen des Volkes“ operiert, um diesen allerdings potentiell gegen die Menschenrechte und damit auch die Freiheit selbst zu richten.

Insbesondere in der deutschen Geschichte gibt es historische Erfahrungen, die es nicht nur theoretisch begreiflich, sondern auch höchst anschaulich machen, welche Gefahren lauern, wenn das Prinzip des Mehrheitswillens gegen repräsentative Demokratie und die Sicherung von Grundrechten ausgespielt wird. Andreas Wirsching hat auf die Aktualität bestimmter Lehren hingewiesen, die aus der Geschichte der Weimarer Republik zu ziehen sind (Andreas Wirsching, Appell an die Vernunft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. April 2017): So bestand eine markante Schwäche der Weimarer Republik gerade in dem grundsätzlichen Misstrauen gegen die Legitimität des gesellschaftlichen Pluralismus, die in der zum Teil vehementen Ablehnung der Weimarer Republik als einem in sich zerrissenen „Parteienstaat“ zum Ausdruck kam. Das Ideal vieler Politiker blieb die Idee einer (scheinbar) über den Parteien schwebenden Regierung. Dabei litt die politische Kultur von Weimar an der Dissonanz zwischen der erfahrenen gesellschaftlichen Pluralität und der eigenen Wirklichkeitsdeutung, welche Vielfalt negiert und das eigene „wahre“ – um Andersdenkende und Andersrassige reduzierte – Volk als den einzig legitimen Souverän deutet. Daraus resultierte für die Anhänger der NSDAP und ihr weites Sympathisantefeld ein unversöhnlicher Kampf, in dem der politische Gegner mit dem Abnormen identifiziert wurde. Die Erringung der Mehrheit war für die Nationalsozialisten erklärtermaßen gleichbedeutend mit der Vernichtung des Feinds.

### Instrumentalisierung von Geschichte

Man könnte einwenden, dass die Geschichte von Weimar für die Gegenwart keine Lehren mehr enthält, zu sehr haben sich die politischen Verhältnisse der Bundesrepublik von denen Weimars entfernt. Die Wiederkehr von Kampfbegriffen wie „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ signalisiert jedoch, in welchem Maße sich gegenwärtig eine politische Sprache der absoluten Feindschaft wieder etablieren kann, die der Vergangenheit anzugehören schien.

Geschichte kann also zeigen, wohin die rücksichtslose Reduktion komplexer Wirklichkeit im Extremfall führt. Doch ist Geschichte nicht nur ein Reservoir von Lehren, um sich gegen die Gefahren der Gegenwart zu wappnen. Vielmehr ist Geschichte selbst zu einem Schlachtfeld geworden, auf dem der Konflikt zwischen der liberalen Demokratie und ihren Feinden ausgetragen wird. Die populistischen Feinde der pluralistischen und freien Gesellschaft wollen ein ruhmreiches und makelloses nationales Geschichtsbild durchsetzen, das frei ist von Ambivalenzen, Brüchen und vor allem von historischer Schuld. So wenig populistische Ideologen eine komplexe Wirklichkeit zulassen wollen, so sehr forcieren sie ein einfaches mythisches Narrativ der eigenen Volksgeschichte. Dabei steht ein kruder volkspädagogischer Gedanke im Hintergrund: die Vorstellung, dass das eigene Volk durch ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Konkurrenz mit anderen Völkern geschwächt werden könne.

Zwischen dem Selbstverständnis kritischer Geschichtswissenschaft und der Geschichtspolitik des Populismus in Europa besteht deshalb ein fundamentaler Konflikt. In Deutschland ist dies in den Reden von Jens Maier und Björn Höcke vor der Jugendorganisation der AfD im Januar 2017 in Dresden besonders deutlich geworden. Während Maier dazu aufrief, den „deutschen Schuldskult“ zu beenden, forderte Höcke gar eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Unumwunden ließ der beurlaubte Geschichtslehrer dabei seinen volkspädagogischen Ansatz erkennen: Deutschland befinde sich noch immer im „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“. Der Tabubruch war intendiert, aber die AfD-Redner hatten möglicherweise die Stärke der Abwehr in der deutschen Öffentlichkeit unterschätzt, was sogar innerhalb der AfD zu Distanzierungen von Höcke und Maier führte. Letztlich zeigte der Vorfall, dass der geschichtspolitische Konsens in Bezug auf die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland gefestigt ist. Der Versuch, einen „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu ziehen und ein zentrales Symbol der deutschen Erinnerungskultur, das Berliner Holocaust-Mahnmal, als „Mahnmal der Schande“ zu verdammen, kehrte sich letztlich gegen den Redner selbst.

Die öffentliche Reaktion auf die Reden Maiers und Höckes zeigt, dass es in Deutschland gelungen ist, eine Erinnerungskultur zu schaffen, die auch Brüche in der eigenen Nationalgeschichte und das Bewusstsein von Schuld umfasst. So spät auch in der Bundesrepublik eine breitenwirksame Aufarbeitung der NS-Vergangenheit begonnen hat und so unvollständig diese immer noch ist, das Bewusstsein der gebrochenen und schuldhaften Nationalgeschichte wird heute in Deutschland nicht nur weithin akzeptiert, es gehört auch zum Selbstverständnis der Nation.

In Frankreich dagegen gibt es ein sehr virulentes Bündnis von Populismus und Geschichtsrevisionismus. „Ich will, dass die Franzosen von Neuem stolz darauf sind, Franzosen zu sein“, verkündete Marine Le Pen in einem Interview kurz vor dem ersten Wahlgang um das französische Präsidentenamt und begründete damit ihre Absicht, eine selbstkritische Aufarbeitung der Kollaboration mit NS-Deutschland und der Kolonialgeschichte Frankreichs zu beenden. Selbst im Fernsehduell zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron vor dem zweiten Wahlgang spielte die Erinnerungskultur eine prominente Rolle. Le Pen griff Macron dafür an, dass er in Be-

zug auf die französische Kolonialherrschaft in Algerien von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gesprochen hatte. Umstritten war auch die Verantwortung Frankreichs für die Mitwirkung am Holocaust. „Frankreich ist für die Judendeportation vom Winterveldrom nicht verantwortlich“, hatte Le Pen schon vor dem ersten Wahlgang festgestellt, was nicht ein Versprecher, sondern ein wohlkalkulierter Angriff auf die französische Erinnerungskultur war. Die Präsidentschaftskandidatin bezog sich auf einen eklatanten Fall französischer Kollaboration: Am 16. Juli 1942 hatten 9.000 französische Polizisten ohne Unterstützung deutscher Wehrmachtssoldaten 13.000 Juden in einem Radsportstadion in Paris zusammengetrieben. Die meisten der Inhaftierten wurden nach einigen Tagen qualvoller Haft nach Auschwitz deportiert. Für diese Art der Kollaboration hatte Charles de Gaulle als Gründer der V. Republik eine apologetische Interpretation angeboten. Die Französische Republik sei demnach im Zweiten Weltkrieg mit de Gaulle ins Exil nach London gegangen, das Kollaborationsregime habe nur eine Klammer („une parenthèse“) in der französischen Geschichte gebildet. Erst Präsident Jaques Chirac beendete 1995 die Abspaltung der schuldhaften Geschichte Frankreichs, indem er am Ort des Winterveldroms von der „untilgbaren Schuld“ sprach, die Frankreich damals auf sich geladen habe: „Diese Stunden der Finsternis besudeln für immer unsere Geschichte. Sie sind eine Schande für unsere Vergangenheit.“ Diesem Bekenntnis schlossen sich Chiracs Nachfolger Nicolas Sarkozy und Francois Hollande an. Offenbar ist der öffentliche Geschichtskonsens in Frankreich aber noch nicht gefestigt. Le Pen griff ihn gerade an der besonders symbolhaften Geschichte des Winterveldroms an und buhlte damit, wie Michaela Wiegel (Das Kalkül eines Tabubruchs. Warum Marine Le Pen Frankreichs Beteiligung an der Judenverfolgung leugnet, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. April 2017) bemerkte, um Wähler, die sich nach einem Geschichtsbild ohne Brüche und schwarze Kapitel zurücksehnen. Le Pen lehnt es ab, dass die jungen Franzosen in den Schulen zu einem kritischen Geschichtsverständnis erzogen werden.

Auseinandersetzung  
um Geschichte und  
Geschichtsbewusstsein

Kampf zwischen autoritärem Populismus und liberaler Demokratie, der zurzeit in vielen Ländern Europas und weltweit stattfindet, wird um Geschichte und Geschichtsbewusstsein geführt. Kritische Geschichtswissenschaft und ein kritisches Geschichtsbewusstsein müssen die politischen Akteure des Populismus am meisten fürchten: Die Schulung, nach methodischen Regeln Wirklichkeit zu rekonstruieren, ist der beste Schutz gegen die gezielte Verbreitung von fake news und Verschwörungstheorien. Vor allem aber findet sich ein kritisches Geschichtsbewusstsein nicht mit den heldenhaften, ruhmreichen und bruchlosen Geschichtsbildern ab, die von Populisten angeboten werden. Wer Einsichten in die Ambivalenzen und schuldhaften Seiten der Vergangenheit hat, ist besser vorbereitet auf die Komplexität und die Gestaltbarkeit der Gegenwart. Umgekehrt projizieren populistische Denkfiguren eine mythische Vergangenheit in eine Gegenwart, die daraus Eindeutigkeit gewinnen soll.

Geschichtskennntnisse  
als Schutz vor Manipu-  
lierbarkeit

Kritisches Geschichtsbewusstsein entsteht im Prozess des historischen Lernens und des Erzählens von Geschichte. Es ist eine selbstreflexive Instanz, die für die staatsbürgerliche Identität unverzichtbar ist. Schulunterricht kann das Reifen von Geschichtsbewusstsein fördern, indem er Schüler und Schülerinnen zum Nachdenken über Geschichte, über ihre Widersprüche, Mehrdeutigkeit und Kontingenz anregt. Gelingt dies, versetzt er sie in die Lage, sich gegen manipulative Einflüsse auf das Geschichtsbewusstsein zu wehren. Sich in der Geschichte orientieren zu können, ist für Kinder und Jugendliche ein großer Schritt. Für die Demokratie ist es zugleich der beste Schutz gegen die radikalen Vereinfachungen des neuen Populismus.

**Autor**

*Prof. Dr. Martin Schulze Wessel  
Sprecher der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien  
Ludwig-Maximilians-Universität München*

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

*Ansprechpartner:*

**Dr. Norbert Arnold**

*Teamleiter Bildungs- und Wissenschaftspolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3504*

*E-Mail: [norbert.arnold@kas.de](mailto:norbert.arnold@kas.de)*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*ISBN 978-3-95721-320-4*

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**



Der Text dieses Werkes ist  
lizenzieren unter den Bedingun-  
gen von „Creative Commons  
Namensnennung-Weitergabe  
unter gleichen Bedingungen  
3.0 Deutschland“,  
CC BY-SA 3.0 DE  
(abrufbar unter:  
[http://creativecommons.org/  
licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/))

Bildvermerk Titelseite  
© sveta/fotolia.com